Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Besold, Dr. Schmidt (Wuppertal), Dr. Schwörer, Ruf, Stiller, Dr. Vogel, Dr. Imle und Genossen

betr. **Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels**

Wir fragen die Bundesregierung:

I.

1. Hält die Bundesregierung die Beurteilung der Arbeitsmarktlage für 1963 durch den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — veröffentlicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 6 vom 10. Januar 1963, S. 47 — für richtig, ist sie insbesondere auch der Ansicht,

   a) daß keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß der Bedarf an Arbeitskräften 1963 geringer sein wird als in den letzten Jahren, daß also mit einer Spitze von ca. 632 000 unbesetzten Arbeitsplätzen gerechnet werden muß und daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) ca. 700 000 sein wird,

   b) daß die Bemühungen um die Vermittlung von Arbeitskräften schwieriger werden, weil die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zumindest im Inland kleiner wird?

2. Hält die Bundesregierung die Feststellung in eben diesem Bericht, daß der Anteil der Frauen an den beschäftigten Arbeitnehmern in der Bundesrepublik am höchsten im Raum der EWG mit über 34 % der Gesamtbeschäftigten ist, vom soziologischen, sozial- und staatspolitischen Standpunkt aus für bedenklich?

II.

1. Welches ist das Volumen der Mehrkosten für die Ausländerbeschäftigung (Einrichtung von Arbeitsplätzen, Wohnungsbeschaffung für den Arbeitnehmer und evtl. seine Angehörigen, Betreuung, Unterhaltung von Anwerbestellen im Ausland usw.)?

2. Sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Beständigkeit und Ergiebigkeit des ausländischen Arbeitskräftereservoirs unsicher ist?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 63551

III.

1. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für die Dauer des Arbeitskräftemangels der Tendenz weiterer Arbeitszeitverkürzung durch konstruktive Maßnahmen zu begegnen?

2. Hält es die Bundesregierung für angezeigt, zur Sicherung der Preis- und Geldwertstabilität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit den Tarifpartnern für die Zeit des Arbeitskräftemangels über eine Vereinbarung zu verhandeln, die zum Ziele haben soll,

   a) auf Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten und

   b) vertretbare Mehrarbeit im Betrieb zu fördern?

3. Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, im Benehmen mit den Tarifpartnern zu prüfen, ob und welche Bestimmungen der Bereitschaft des Arbeitnehmers zu vertretbarer Mehrarbeit im Betrieb entgegenwirken, und gegebenenfalls dem Bundestag Vorlagen zu unterbreiten, wie sie zweckentsprechend abzuändern sind?

Bonn, den 14. März 1963

Dr. Besold
Dr. Schmidt (Wuppertal)
Dr. Schwörer
Ruf
Stiller
Dr. Vogel
Adorno
Dr. Artzinger
Bauer (Wasserburg)
Bausch
Becker (Pirmasens)
van Delden
Dr. Dichgans
Dr. Dittrich
Drachsler
Dr. Dr. h. c. Dresbach
Ehnes
Dr. Elbrächter
Dr. Franz
Frau Geisendörfer
Dr. h. c. Güde
Hilbert
Hösl
Hübner
Dr. Kanka
Frau Dr. Kuchtner
Lang (München)
Leonhard
Memmel
Dr. Ramminger
Frau Dr. Rehling
Ruhland
Schlee
Schmücker
Schulhoff
Seidl (München)
Dr. Sinn
Spies
Dr. Stecker
Dr. Steinmetz
Dr. Stoltenberg
Storch
Dr. Süsterhenn
Dr. Toussaint
Unertl
Wagner
Weigl
Weinzierl
Wieninger
Dr. Winter
Dr. Zimmer
Dr. Imle
Ertl
Kreitmeyer
Kubitza
Dr. Löbe
Dr. Mälzig
Freiherr von Mühlen
Murr
Reichmann
Soetebier
Dr. Supf
Weber (Georgenau)